

**FDP-Redebeitrag zum Antrag der SPD-Fraktion „Beitritt zum Bündnis
,Vermögensteuer jetzt“
Kreistagssitzung 29.04.2013 in Rimbach-Zotzenbach
Roland von Hunnius**

Die SPD-Fraktion fordert vom Kreistag, sich zur Wiedereinführung der Vermögensteuer zu bekennen und dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt“ beizutreten.

Die Diskussion über Pro und Kontra der Vermögensteuer wird seit Jahrzehnten geführt. Für mich persönlich hat sie Déjà-vu-Charakter. Im Hessischen Landtag standen sich Norbert Schmitt und ich in dieser Frage einst gegenüber.

Einer der prominentesten **Gegner der Wiedereinführung** der VermSt hieß **Gerhard Schröder** und war deutscher Bundeskanzler. Kein Wunder also, dass diese von SPD, Grünen und DGB heiß ersehnte Steuer von der rot-grünen Bundesregierung (1998 – 2005) nicht eingeführt wurde. Kein Wunder, dass der jetzigen Bundesregierung die Schuld für die immer noch fehlende Steuer in die Schuhe geschoben wird. Wohl ebenso wie die Schuld an den unter Schröders Ägide erfolgten Steuersenkungen. Kein Wunder auch, dass die Linke sich die Forderung „Vermögensteuer jetzt“ zu eigen macht.

Es stimmt: Die Finanzausstattung des Kreises Bergstraße und der hessischen Landkreise insgesamt ist nicht zufriedenstellend. Wer wollte das leugnen? Aufgabenzuweisung und Einnahmeentwicklung klaffen auseinander. Wir haben ein strukturelles Defizit, das sich weder durch Einsparmaßnahmen des Kreises allein noch durch die Hoffnung auf künftige Mehreinnahmen lösen lässt. Das ist der Grund für die von uns gemeinsam beschlossene Klage vor dem Staatsgerichtshof. Die Hessische Verfassung muss eingehalten, die Aufgaben der Kreise müssen kritisch hinterfragt und neu zugeschnitten und vor allem: das Konnexitätsprinzip muss von der Landesregierung gelebt werden.

1. **Eine neue Steuer braucht dafür aber niemand.** Die Staatseinnahmen insgesamt liegen auf Rekordniveau. **Gesamtstaatlich** hat Deutschland sogar einen **Haushaltsüberschuss** erwirtschaftet. Die Liste neu eingeführter Steuern ist lang – von der Stromsteuer bis zur

Luftverkehrsabgabe . Keine hatte positiven Einfluss auf die finanzielle Lage der Kommunen.

2. Bund und Länder haben **nicht deshalb zu hohe Schulden, weil das Steueraufkommen zu gering wäre**. Sondern, weil sie zu viel ausgeben. **Mehr Einnahmen führen erfahrungsgemäß eher dazu, dass kreativ neue Wünsche entstehen**, deren Erfüllung mit den Mehreinnahmen nicht zu erreichen ist und weitere Schulden nach sich zieht.
3. **Der Verweis auf das Ausland zieht ebenfalls nicht**. Frankreich und Griechenland sind ist nicht gerade Erfolgsbeispiele für die Vermögensteuer. Großbritannien etwa, Tschechien und Australien haben keine Vermögensteuer. Irland, Österreich, Italien, Dänemark, die Niederlande, Finnland, Schweden und Spanien hatten sie, haben sie aber wieder abgeschafft.
4. Die Vermögensteuer kommt zum Tragen, **wenn alle anderen Steuern bereits abgeführt** sind. Sie erfasst das Vermögen, das nach Entrichtung aller anderen Steuern übrig bleibt. Wenn SPD und Grüne der Meinung sind, den Bürgern verbliebe ein zu großer Teil ihres Einkommens, **wäre es logisch, die Ertragsteuern zu erhöhen** – also an der Einkommensquelle anzusetzen -, statt den Steuerzahler zu bestrafen, der sein Einkommen nicht voll konsumiert, und den verbleibenden Vermögensrest zu besteuern.

Aber eine Erhöhung der Einkommensteuer haben SPD und Grüne ja ohnehin vor. Ob das sinnvoll ist, bezweifle ich zwar entschieden.

Immerhin tragen die oberen 10 Prozent der Steuerpyramide mehr als die Hälfte des Einkommensteueraufkommens bei. Die Hälfte der Einkommensteuerzahler erbringt fast deren gesamtes Aufkommen.

Starke Schultern tragen also bereits mehr. Einer Vermögensteuer bedarf es dazu nicht.

5. Die deutsche Wirtschaft lebt vom **Mittelstand und zum Glück von vielen gesunden Familienunternehmen**. Diese werden durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer nachdrücklich geschädigt. Der BFH hat festgestellt, dass **Betriebsvermögen nicht einfach von der Erbschaftsteuer ausgenommen** werden kann. Was bei der ErbschSt verfassungswidrig ist, kann bei der VermSt nicht verfassungskonform sein. **Wer Betriebsvermögen besteuert, vernichtet schleichend die**

Substanz der Wirtschaft. Personengesellschaften werden **etwa im Verhältnis zu Aktiengesellschaften, die sich über die Börse Eigenkapital beschaffen können, benachteiligt.** Will man das wirklich?

6. Die frühere VermSt wird seit 1997 nicht mehr erhoben, weil die **Erfassung des Immobilienvermögens** einem BVG-Urteil widersprach. Genau diese Frage – die Bewertung von Grundstücken und Gebäuden – ist noch immer nicht sinnvoll und wirtschaftlich zu lösen. Übrigens **gibt es bereits eine Vermögensteuer auf Grundvermögen – mit Namen Grundsteuer.** Auch hier stellt sich das **Bewertungsproblem.** Seit Jahren wird über neue Bewertungsmodelle diskutiert, bisher ohne Erfolg. Die Einführung einer weiteren Immobiliensteuer wird das Problem nicht lösen.
7. Dazu kommt: Die Vermögensteuer ist bei der Ermittlung der Ertragsteuer nicht abzugsfähig. Das heißt: für einen Euro VermSt müssen grob zwei Euro verdient werden.

Die VermSt

- ist eine allgemeine **Wohlstandsbremse,**
- **trifft mit Sicherheit vor allem die Falschen,** und zwar nicht „die Reichen, deren Vermögen durch die Rettungspakete vor viel größeren Verlusten bewahrt wurden“ (Bündnis... im Internet)
- **schädigt** das Rückgrat der deutschen Wirtschaft – den **Mittelstand,**
- **gefährdet Arbeits- und Ausbildungsplätze,**
- ist eine **Gefahr für die Altersvorsorge von Selbstständigen und Gewerbetreibenden,**
- wäre mit einer unabsehbar hohen **Zusatzbelastung für die Finanzverwaltung** verbunden,
- würde **durch Mehrausgaben aufgezehrt** und weder der Haushaltssanierung noch den Finanzen des Kreises Bergstraße zugutekommen.

Die **SPD** will die Vermögensteuer wieder einführen, die Erbschaftsteuer verdoppeln und die Einkommensteuer anheben. Die **Grünen** fordern ebenfalls

eine Erhöhung der Einkommensteuer und zunächst eine Vermögensabgabe über 10 Jahre hinweg, die letztlich in eine VermSt münden soll. Käme es zu einer Koalition aus SPD und Grünen, würde **als „Kompromiss“ wahrscheinlich** die Wunschvorstellung der **Linken** umgesetzt: **Vermögensteuer und zusätzlich eine Vermögensabgabe.**

Wer dies alles gut findet, mag dem SPD-Antrag zustimmen. **Die FDP-Fraktion sagt „nein“.**